

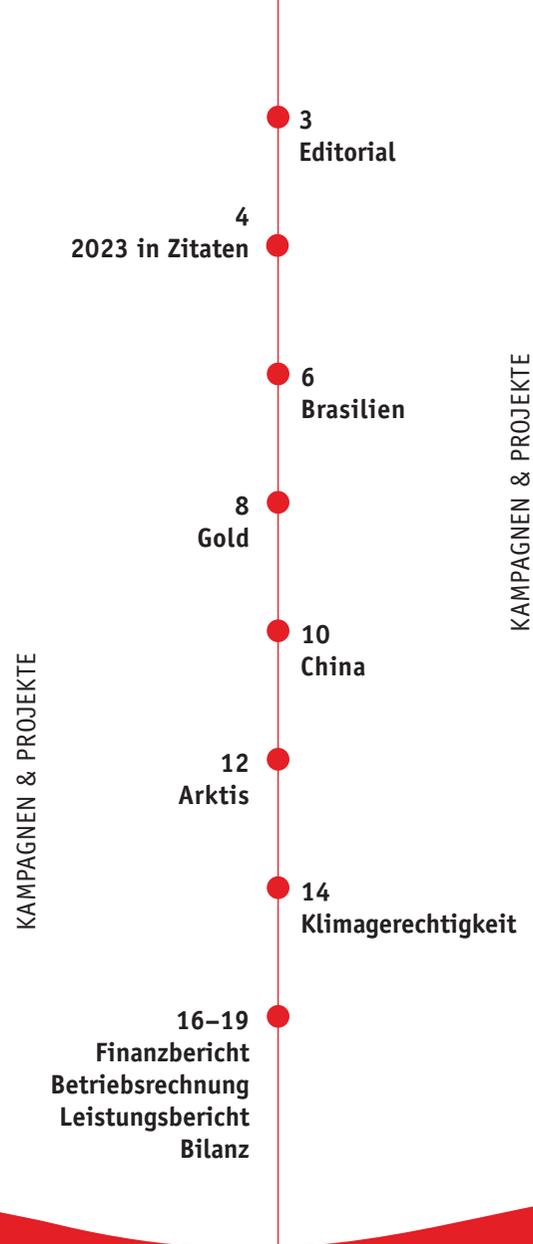


GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



JAHRESBERICHT

2023



Editorial

Ob Windkraftwerke auf Indigenem Gebiet, Freihandelsabkommen mit China oder undurchsichtige Lieferketten in der Goldindustrie: Schweizer Politik und Wirtschaft haben Auswirkungen auf Indigene Gemeinschaften und Minderheiten weltweit. Darum setzte sich die GfbV auch in einer schwierigen geopolitischen Lage 2023 dafür ein, dass die Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt und die Stimmen von Indigenen und Minderheiten auch bei uns gehört werden.

Gemeinsam mit tibetischen und uigurischen Exil-Organisationen forderte sie, dass die Schweiz ihre Handelsinteressen nicht über Menschenrechte stellt. In Sachen Gold kam die Transparenz-Forderung der GfbV endlich vor Bundesgericht. Leider entschied dieses, dass die Schweizer Goldraffinerien ihre Lieferanten weiterhin nicht offenlegen müssen: ein Entscheid, der medial grosse Wellen schlug. Mit dem im Herbst lancierten neuen Programm «Climate Justice! Respect Indigenous Consent» setzt sich die GfbV dafür ein, dass die dringend nötige Energiewende nicht auf Kosten von Indigenen Gemeinschaften geschieht. Und dank einem Benefiz-Abend mit dem brasilianischen Starfotografen Sebastião Salgado und dem Indigenen Aktivistin Beto Marubo kann die GfbV Marubos Kampf für Indigenenrechte im Amazonas unterstützen. All dies wäre ohne Sie und weitere Unterstützer:innen nicht möglich gewesen: Wir danken Ihnen von Herzen.



Nach 18 Jahren werde ich pensioniert: Ich fühle mich glücklich, die GfbV zur heutigen Organisation mitentwickelt zu haben und darf meiner Nachfolgerin Anna Leissing spannende Herausforderungen übergeben. Ich wünsche ihr und dem Team viel Erfolg!

Christoph Wiedmer
Co-Geschäftsleiter bis Ende April 2024



In den letzten 18 Jahren hat die GfbV wichtige Erfolge für die Indigenen und Minderheiten erreicht und ist heute eine Referenz. Wir danken Christoph Wiedmer für sein grosses Engagement, freuen uns Anna Leissing zu empfangen und zählen auf die künftige Unterstützung unserer Spender:innen!

Lisa Mazzone
Präsidentin



IMPRESSUM

Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch

Spendenkonto: Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

Texte: Reta Barfuss, Irene Gurtner, Dominique Schärer

Layout: Tania Brügger Marquez

Redaktion: Dominique Schärer

Foto Titelseite: Shutterstock

4 **Das Jahr 2023**

Mit folgenden Personen hat die GfbV im Jahr 2023 den Kampf für die Rechte von Indigenen und Minderheiten unterstützt. Sie wurde gehört und gestaltete die Menschenrechts-Debatte in der Schweiz und weltweit mit.



Auf 3 Kontinenten aktiv



«Der Schutz der isoliert lebenden Gruppen in Brasilien liegt auch in der Verantwortung der Schweiz.»

Beto Marubo
Indigener Menschenrechtsaktivist
Brasilien



1 Benefizabend



7 öffentliche Veranstaltungen



«Meine Indigenen Freunde aus Jakutien wurden von der russischen Armee in den Krieg in der Ukraine gezwungen, gerade weil sie Indigene Jäger sind. Die Behörden geben sogar vor, damit die Arbeitslosigkeit in der Region zu reduzieren.»

Dmitry Berezkhov
Exil-Aktivist aus Kamtschatka
Russland



2 Hintergrundberichte



«Die Bedrohung liegt unmittelbar vor unseren Augen, insbesondere durch die vergifteten Flüsse.»

Raquel Tupinambá
Indigene Aktivistin
Brasilien



1 Rekurs vor dem Bundesgericht



«Solidarität ist im Kampf um Indigene Rechte und Menschenrechte zentral. In der grünen Transformation ist auch die Solidarität der Konsument:innen gefragt.»

Pavel Sulyandziga
Udegischer Menschenrechtsaktivist
Russland



15 000 Unterstützer:innen



«Jede Stimme und jede Handlung zählt im Kampf für Gerechtigkeit und Menschenrechte»

Rizwana Ilham
Präsidentin Uigurischer Verein
Schweiz



7 aktive Kampagnen



17 verschickte Medienmitteilungen

Schweiz/Brasilien: «Hände weg vom Amazonas!»

Der Präsident Lula da Silva setzte 2023 starke Zeichen für die Stärkung Indigener Gemeinschaften. Doch Ex-Präsident Bolsonaro prägt das Land weiterhin - mit seiner Anhängerschaft im Parlament und hängigen indigenenfeindlichen Gesetzesentwürfen.



Foto: Viniçius da Silva Machado

Indigene Gemeinschaften demonstrieren in Brasilien gegen die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes.

Januar 2023
Der neue brasilianische Präsident Luiz Ignácio Lula da Silva tritt sein Amt an.

Mitte Januar 2023
Präsident Lula ergreift zahlreiche Massnahmen zur Stärkung Indigener Rechte. Er führt ein Indigenenministerium ein, und Sônia Guajajara, eine Partnerin der GfbV, ist nun dessen Ministerin.

Ende März 2023
Die Tupinambá reichen bei der brasilianischen Indigenenbehörde Funai einen Bericht und ihr Gesuch um Anerkennung ihres Gebiets als «Terra Indígena» ein.

April 2023
Die brasilianische Regierung geht militärisch gegen illegale Goldwäscher im Amazonas vor. Diese hatten seit 2019 besonders im Yanomami-Gebiet stark zugenommen.

September 2023
Das Oberste Bundesgericht gesteht Indigenen Gemeinschaften das Recht auf Land zu: Im Streit um das Territorium Xokleng Ibirama-La Klänō stellt es sich auf die Seite der Gemeinschaften.

Dezember 2023
Der Kongress überstimmt das Veto von Präsident Lula gegen das verheerende Gesetz zur Einschränkung von Indigenenterritorien. Nun bleibt der Gang vor das Verfassungsgericht.

Tätigkeiten

Auch unter Präsident Lula da Silva bleibt der Weg für Indigenenrechte steinig. Diese Situation brachte die GfbV an die Schweizer Öffentlichkeit und unterstützte ihre Partner-Organisationen vor Ort beim Einsatz für ihre Rechte und gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. So unterstützte die GfbV die Gemeinschaft der Tupinambá mit einem Crowdfunding beim Demarkierungsprozess, um ihr Gebiet abzugrenzen und als «Terra Indígena» anerkennen und damit schützen zu lassen. Ebenfalls mit einem Crowdfunding leistete die GfbV einen Beitrag, damit die Gemeinschaft der Mundurukú einen Hauptsitz für ihre Treffen und kulturellen sowie politischen Aktivitäten aufbauen kann. Schliesslich unterstützt sie im Norden Brasiliens ein erfolgreiches Kakaoprojekt, um jungen Yanomami eine Einkommensmöglichkeit zu bieten.

Erfolge

Ein berührendes Podiumsgespräch zwischen dem brasilianischen Starfotografen Sebastião Salgado und dem Indigenen Aktivistin Beto Marubo und ein Gang durch die Ausstellung «Amazônia»: Dies erlebten die Gäste eines Benefiz-Abends im Juni. Mit dem Erlös konnte die GfbV Beto Marubos Kampf für die Rechte Indigener Gemeinschaften unterstützen.

Im Kampf um die Anerkennung ihres Territoriums kamen die Tupinambá grosse Schritte weiter: In zahlreichen Expeditionen sammelten sie geographische Daten über ihr Gebiet und verfassten einen Bericht, um ihr Anspruch auf das Gebiet um den unteren Lauf des Tapajós-Flusses im Amazonas darzulegen. Im März reiste eine Delegation nach Brasília zur staatlichen Indigenen-Behörde Funai, um den Bericht und ihr Gesuch um Anerkennung des Gebiets als «Terra Indígena» einzureichen.

Ausblick

Die GfbV wird weiterhin die Indigenen Gemeinschaften der Munduruku, der Tupinambá und der Yanomami in Brasilien direkt unterstützen. Sie wird sich auch entschieden engagieren, falls die geplanten Infrastrukturprojekte in der Region Tapajós verwirklicht werden sollten: Diese bedrohen sowohl die Indigenen Gemeinschaften als auch den Amazonas-Regenwald.

Gold: Bundesgericht entscheidet gegen Transparenz

Nach rund zehn Jahren erlebte das Goldprogramm einen wichtigen Moment. Das Bundesgericht folgte den Raffinerien und entschied, dass die GfbV keine Einsicht in die Geschäftsbeziehungen der Schweizer Raffinerien erhält: Ein Signal gegen Transparenz in der Goldbranche. Das Bundesgericht deckt damit weiterhin den Import von schmutzigem Gold. Die Problematik aber ist in der Öffentlichkeit lanciert.



Goldabbau im Sudan: Mit dem Rohstoff finanziert sich die paramilitärische Gruppe RSF im Krieg.

Tätigkeiten

Im vergangenen Jahr sorgte der Goldhandel erneut für Schlagzeilen: mit Berichten über russisches Gold, das trotz Sanktionen via London in die Schweiz gelangt, über die Verbindungen zwischen schmutzigem Gold aus Sudan und dem Goldhandelsplatz Dubai, woher grosse Mengen an Gold in die Schweiz gelangen, und ein tragischer Unfall mit 27 toten Minenarbeitern in einer Mine in Peru, die von der Swiss Better Gold Initiative unterstützt wird. Im September schliesslich machten Medien behördliche Kritik an den Geschäften der Tessiner Goldraffinerie Valcambi SA öffentlich. Ob und woher schmutziges Gold in die Schweiz gelangt, lässt sich jedoch aufgrund der völligen Intransparenz kaum nachweisen und damit auch nicht ausschliessen.

Die GfbV zeigte auch im vergangenen Jahr immer wieder auf, dass die bestehenden Kontrollmassnahmen völlig ungenügend sind. Trotzdem entschied das Bundesgericht im November 2023 mit Verweis auf das Steuergeheimnis, dass die GfbV keine Einsicht in die detaillierten Zahlen der Goldimporte erhält. Damit stellt sich das Gericht nach einem jahrelangen Rechtsstreit als letzte Instanz leider gegen die so dringend nötige Transparenz.

Erfolge

Seit mehr als einem Jahrzehnt schon versucht die GfbV, im Schweizer Goldhandel mehr Transparenz zu schaffen. Aufgrund der völligen Verschwiegenheit der Branche leitete die GfbV 2018 einen behördlichen Prozess ein, um die Goldlieferanten der grössten Schweizer Raffinerien bei der Zollbehörde einsehen zu können. Trotz des negativen Entscheids des Bundesgerichts hat sich der lange Weg gelohnt: Die GfbV konnte ihre Transparenzforderung erfolgreich in Medien und Öffentlichkeit tragen. Verschiedene Raffinerien haben seither ihre Sorgfaltsprüfung verbessert und der Druck auf die gesamte Goldbranche, selber transparenter zu werden, hat deutlich zugenommen.

Ausblick

Die GfbV fordert von der Politik nun erst recht ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz, wie sie die EU zurzeit erarbeitet. Von allen Raffinerien fordert die GfbV, dass sie die Sorgfaltsprüfung gewissenhaft durchführen und in Eigenverantwortung ihre Lieferant:innen offenlegen, um glaubhaft darzulegen, dass sie kein schmutziges Gold importieren.

2012 Start der «No Dirty Gold!»-Kampagne. Mit diversen Aktionen fordert die GfbV den Einfuhr-Stopp von schmutzigem Gold in die Schweiz.

2013 und 2016 Die GfbV protestiert an der weltgrössten Schmuck- und Uhrenmesse «Basel World» gegen die Verarbeitung von schmutzigem Gold in Schmuck und Uhren.

2018 Die GfbV veröffentlicht einen Goldbericht und deckt damit Importe von Konfliktgold aus Peru und Dubai auf. Daraufhin sinken die Goldimporte aus Dubai deutlich.

2019 Die GfbV fordert Einsicht in die detaillierte Goldhandelsstatistik. Die Oberzolldirektion unterstützt es, doch die Goldraffinerien reichen beim Bundesverwaltungsgericht Rekurs ein.

2022 Nach dem Besuch einer Delegation aus dem Amazonas verurteilen Goldraffinerien und die Schweizerische Vereinigung der Edelmetallfabrikanten und -händler öffentlich den illegalen Bergbau.

2023 Am 15. November entscheidet das Bundesgericht, dass die GfbV keinen Einblick in die Goldimporte der Zollverwaltung erhält

China: Handel nicht über Menschenrechte stellen!

Die GfbV hat das Programm «No Complicity: Menschenrechte in China» personell verstärkt. Die Stelle arbeitet eng mit der uigurischen und tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz zusammen und fordert von der Schweiz klare Worte gegenüber China und ein verantwortungsvolles wirtschaftliches Handeln.



Exil-Tibeter:innen demonstrieren auf der Place des Nations in Genf.

Februar 2023

Gemeinsam mit uigurischen und tibetischen Partner:innen demonstriert die GfbV in Genf während der Session des UNO-Ausschusses zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (CESCR).

Oktober 2023

Kritik von Amnesty, GfbV und Weiteren: Die Schweiz übernimmt die thematischen Sanktionen der EU zu China nicht und hat dies seit Dezember 2022 nicht kommuniziert.

Oktober 2023

Side-Event mit ISHR und dem Weltkongress der Uiguren am UN Menschenrechtsrat zu den Frauenrechten in China

Oktober 2023

Die GfbV kritisiert die Wiederwahl von China in den UNO-Menschenrechtsrat scharf.

Dezember 2023

Ein Audit in einer Fabrik in Ostturkestan, bei welcher der Autohersteller VW Anteile hält, zeigt: Eine unabhängige Überprüfung der Arbeitsbedingungen ist nicht möglich.

Dezember 2023

Offener Brief von tibetischen und uigurischen Exil-Organisationen und GfbV an den Bundesrat: Die Schweiz soll Handelsinteressen nicht über Menschenrechte stellen.

Tätigkeiten

Trotz seinen Menschenrechtsverletzungen im grossen Stil und trotz zunehmender Kritik wurde China 2023 erneut in den UNO-Menschenrechtsrat gewählt. Damit bleibt der Einfluss Chinas auf globaler Ebene weiterhin hoch. Die GfbV begleitete gemeinsam mit tibetischen und uigurischen Exil-Organisationen in der Schweiz verschiedene Verhandlungen zu China an der UNO in Genf, zum Beispiel mit einer Demonstration vor dem Palais Wilson, während drinnen der UNO-Ausschuss zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten (CESCR) tagte. Sowohl bei politischen Aktivitäten als auch bei der Aufbauarbeit unterstützte die GfbV ihre Partner:innen, so Anfang Jahr die neu gewählte Präsidentin des „Uigurischen Vereins Schweiz“, Rizwana Ilham.

Erfolge

Im Oktober luden die GfbV und ihre Partnerorganisationen an der UNO zu einem Side-Event ein, bei dem die Rechte der Frauen, besonders von Angehörigen von Minderheiten, thematisiert wurde. Von der Schweiz forderte die GfbV eine mutigere Menschenrechtspolitik: Sie verlangte gemeinsam mit Public Eye einen substanzielleren Einbezug der Zivilgesellschaft in die Revision der China-Strategie und war eine zentrale öffentliche kritische Stimme gegen den Entscheid der Schweiz, die thematischen EU-Sanktionen gegen China nicht zu übernehmen. Zum Menschenrechtstag am 10. Dezember richteten uigurische und tibetische Gemeinschaften sowie die GfbV in einem Offenen Brief den Appell an den Bundesrat, Handelsinteressen nicht stärker zu gewichten als Menschenrechte. Dank ihrer kontinuierlichen Arbeit zu China war die GfbV eine gefragte Ansprechpartnerin für Medienschaffende.

Ausblick

Die GfbV hat ihr Engagement zur Menschenrechtslage in China verstärkt und bereitet eine Kampagne zu Transnationaler Repression, also der Verfolgung Oppositioneller im Ausland vor. Gemeinsam mit ihren Partner:innen wird sie weiterhin darauf pochen, dass die Schweiz Menschenrechte mindestens so hoch gewichtet wie die Handelsinteressen: Sei es im Rahmen ihrer Wirtschaftspolitik, innerhalb der UNO oder beim Engagement für den Schutz der Exil-Gemeinschaften in der Schweiz.

Arktis: «Arctic life, Indigenous rights: now!»

Indigene Gemeinschaften in der Arktis stehen unter Druck: Der Run auf Rohstoffe und sogenannte Übergangsmaterialien, aber auch die Repression durch den russischen Staat führt mancherorts zu Vertreibung und Unterdrückung der Gemeinschaften und ihrer Lebensformen.



Foto: Denis Sinyakov / Greenpeace

Der Indigene Aktivist Sergej Kechimov engagiert sich gegen ein Ölförderungs-Projekt und steht unter Druck seitens der russischen Behörden.

April 2023 Gemeinsam mit Partnerorganisationen reicht die GfbV einen Bericht zur Situation der Indigenen Gemeinschaften in Russland beim UNO Menschenrechtsrat ein.

● **Mai 2023** Der russische Konzern Nor Nickel versucht Indigenenrechtsverletzungen mit einer PR-Offensive zu vertuschen. Die GfbV fordert stattdessen Transparenz und effektive Verbesserungen.

● **Juli 2023** Eine Delegation der Exilorganisation ICIPR besucht den EMRIP und verurteilt die dort herrschende russische Propaganda scharf.

● **Oktober 2023** Gemeinsam mit Südsaami setzt sich die GfbV für den Rückbau der illegalen Windkraftanlagen auf Fosen ein – mit einer Petition an die Investoren EIP und BKW.

● **Dezember 2023** Nach zähen Verhandlungen willigen die Südsaami in einen Kompromiss mit der Bauherrschaft ein. Die Nordsami bleiben im Widerstand – die Verhandlungen stocken.

Tätigkeiten

Repression prägte die Arbeit Indigener Organisationen und Aktivist:innen in Russland auch 2023. In den Projekten mit ihren Partner:innen beobachtet die GfbV die Situation vor Ort und wägt Sicherheitsbedenken ab, um ihre Partner:innen keiner Gefahr auszusetzen. Sie unterstützt diese so gut es geht in Russland und im Exil: So auch den Aufbau der Exilorganisation ICIPR, mit der sie eng zusammenarbeitet und gemeinsam UNO Treffen besucht hat, um auf die Situation Indigener Gemeinschaften in Russland aufmerksam zu machen. Neben dem Engagement zu Russland fand eine enge Zusammenarbeit mit Saami statt, die sich gegen die illegal gebauten und betriebenen Windparks auf Fosen wehrten – denn in diese Parks sind die Schweizer Unternehmen BKW und EIP involviert.

Erfolge

Um die internationale Gemeinschaft auf die Situation der Indigenen Gemeinschaften in Russland aufmerksam zu machen, reichte die GfV gemeinsam mit Partner:innen einen Bericht beim UNO-Menschenrechtsrat im Rahmen des «Universal Periodic Review of the Human Rights Council» ein und besuchte den Expertenmechanismus für indigene Völker. Dort bezogen die Partner:innen deutlich Stellung gegen die Einflussnahme und Propaganda durch den russischen Dachverband der indigenen Völker RAIPON. In einer engen Zusammenarbeit mit Saami auf Fosen lancierte die GfbV eine Petition an die Schweizer Unternehmen EIP und BKW, mit der Forderung, sich endlich für den Rückbau der illegalen Windparks auf Storheia und Roan oder eine gütliche Lösung einzusetzen.

Ausblick

Die GfbV wird auch im Jahr 2024 unabhängige Indigenenorganisationen aus Russland unterstützen, um diese in ihrem Kampf um die Rechte Indigener Gemeinschaften in Russland zu unterstützen und der russischen Staatspropaganda zu kontern. Auch die Zusammenarbeit mit den Saami in Norwegen und die Arbeit zum Thema des grünen Kolonialismus geht weiter.

Klimagerechtigkeit: Respect Indigenous Consent!

Mit dem neuen Programm «Climate Justice! Respect Indigenous Consent» setzt sich die GfbV dafür ein, dass die dringend nötige Energiewende nicht auf Kosten Indigener Gemeinschaften und Minderheiten geschieht.

Foto: NETA623/PDXABAY



Eine Kupfermine im Norden von Schweden.

August 2022

Gründung der internationalen SIRGE Koalition (Securing Indigenous Rights in the Green Economy), die durch einen Indigenen Lenkungsausschuss geleitet wird.

Februar 2023

Die GfbV macht gemeinsam mit "Lead The Charge" öffentlich, bei welchen Elektroautohersteller:innen Indigenenrechte in den internen Richtlinien verankert sind.

September 2023

Die GfbV lanciert das Programm «Climate Justice. Respect Indigenous Consent!» und erarbeitet ein Faktenblatt, das das Problem anhand konkreter Beispiele erläutert.

Oktober 2023

Gemeinsam mit ihren Koalitionspartner:innen tritt die GfbV am Swiss Forum for Business and Human Rights zum Thema Just Transition auf.

November 2023

Die GfbV organisiert zusammen mit Partner:innen am UN Forum for Business and Human Rights einen Side-Event zu Indigenenrechten in der Energiewende.

Dezember 2023

Die GfbV unterstützt einen Protestbrief an Glencore, nachdem die massiven Probleme einer ihrer Kupferminen in Peru bekannt geworden sind.

Tätigkeiten

Die Klimakrise erfordert schnelles Handeln. Dies hat auch seine Schattenseiten: Für erneuerbare Energietechnologien braucht es sogenannte Übergangsmaterialien wie Lithium oder Kobalt. Staaten und Unternehmen arbeiten mit Hochdruck daran, diese Übergangsmaterialien in grossen Mengen abzubauen. Diesen Druck spüren besonders Indigene Gemeinschaften und Minderheiten. Beispielhaft zeigen die Probleme beim Bau der Glencoremine Antapaccay in Peru oder bei mehreren Nornickel-Minen in Russland: Staaten und Unternehmen müssen endlich die Rechte der Gemeinschaften garantieren und durchsetzen, um nicht Vertreibung und Zerstörung im Namen der grünen Wirtschaft fortzuführen – dafür setzt sich die GfbV ein.

Erfolge

Mehrere Indigenenrechtsorganisationen haben 2022 die internationale SIRGE Koalition (Securing Indigenous Rights in the Green Economy) gegründet. Darunter auch die GfbV, die 2023 ein eigenes Programm dazu lanciert hat. Unter dem Titel «Climate Justice! Respect Indigenous Consent!» erarbeitete sie Grundlageninformationen und brachte am Swiss Forum for Business and Human Rights sowie am UN Forum for Business and Human Rights Fragen nach der gerechten Energiewende und Indigenenrechten ein. Gemeinsam mit anderen Organisationen schaute sie den Elektroautoherstellern auf die Finger und machte öffentlich, welche Hersteller:innen Indigenenrechte in ihren internen Richtlinien verankert haben.

Ausblick

Die GfbV arbeitet auch in Zukunft eng mit ihren SIRGE-Koalitionspartner:innen zusammen. Sie leistet Sensibilisierungsarbeit und fordert auf politischer Ebene, dass Indigenenrechte im Zuge der Energiewende geachtet werden. Sie beobachtet Unternehmen und unterstützt Indigene Gemeinschaften dabei, ihre Rechte einzufordern. Hierzu erstellt die GfbV eine Anleitung für die Nutzung des OECD-Beschwerdemechanismus, damit sich Indigene Gemeinschaften effektiv gegen Missachtung ihrer Rechte wehren können. In Chile arbeitet die GfbV mit ihren Koalitionspartner:innen zum Thema Lithiumabbau.

Finanzbericht

Die GfbV kann erneut auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Sie erreicht mit Einnahmen von CHF 2'347'040.- einen neuen Höchststand und hat im Vergleich zur Grösse hohe Reserven. Wir haben uns entschieden, einen Teil davon in unsere inhaltliche Arbeit einzusetzen. Wir haben bewusst 50 Prozent mehr in die Programme investiert und erfreuen uns trotz des Defizits nach wie vor einer soliden Eigenkapitalbasis. Statt drei Personen arbeiten nun fünf Personen in den Programmen, was uns ermöglicht, wirkungsvollere Projekte und Kampagnen durchzuführen. Wir setzen damit auch ein weiteres strategisches Element um: Wir arbeiten näher mit betroffenen Gemeinschaften zusammen, unterstützen stärker deren Projekte und ermöglichen ihnen damit, erfolgreicher ihre Rechte einzufordern.

Ohne die grosszügige Unterstützung unserer Mitglieder, Spenderinnen und Spender sowie Stiftungen und Institutionen wäre unsere Arbeit nicht möglich. Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für diese Unterstützung. Sie ist darauf bedacht, die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient und zielorientiert einzusetzen sowie sparsam zu wirtschaften.

Bilanz per 31. Dezember 2023

AKTIVEN	2023	2022
FLÜSSIGE MITTEL	958 655.08	1 114 747.98
FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	2 751.28	3 878.18
AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	62 382.63	7 048.85
TOTAL UMLAUFVERMÖGEN	1 023 788.99	1 125 675.01
MOBILE SACHANLAGEN	12 914.50	9 171.75
TOTAL ANLAGEVERMÖGEN	12 914.50	9 171.75
TOTAL AKTIVEN	1 036 703.49	1 134 846.76

PASSIVEN	2023	2022
KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	86 241.95	68 556.96
PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	59 421.76	63 267.85
TOTAL KURZFRISTIGES FREMDKAPITAL	145 663.71	131 824.81
LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL	22 000.00	0.00
TOTAL LANGFRISTIGES FREMDKAPITAL	22 000.00	0.00
FONDSKAPITAL	74 781.87	76 723.92
TOTAL FONDSKAPITAL	74 781.87	76 723.92
ORGANISATIONSKAPITAL	909 350.29	938 758.69
JAHRESERGEBNIS	-115 092.38	-12 460.66
TOTAL EIGENKAPITAL	794 257.91	926 298.03
TOTAL PASSIVEN	1 036 703.49	1 134 846.76

Betriebsrechnung vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

ERTRAG	2023	2022
VERKAUFSERTRAG	908.80	848.80
MITGLIEDERBEITRÄGE UND SPENDEN	1 774 476.17	1 818 023.58
BEITRÄGE VON INSTITUTIONEN UND STIFTUNGEN	565 406.98	200 169.06
ÜBRIGER ERTRAG	6 248.05	9 030.01
TOTAL ERTRAG	2 347 040.00	2 028 071.45

AUFWAND	2023	2022
PROGRAMME	1 447 917.46	980 861.17
PERSONALAUFWAND	425 797.13	387 879.10
VERWALTUNGSaufWAND	104 255.03	106 946.40
MITTELbeschaffungsAufWAND	491 004.91	523 964.06
ABSCHREIBUNGEN	4 425.00	16 333.40
TOTAL AUFWAND	2 473 399.53	2 015 984.13
BETRIEBSERGEBNIS	-126 359.53	12 087.32
FINANZERFOLG	-5 417.93	-6 897.70
PERIODENFREMDEr ERFOLG	0.00	28 908.90
ERGEBNIS VOR VERÄNDERUNG DES FONDSKAPITALS	-131 777.46	34 098.52
FONDSERGEBNIS	16 685.08	-46 559.18
JAHRESERGEBNIS	-115 092.38	-12 460.66

Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung Swiss GAAP FER 21 und Kern-FER und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die Jahresrechnung 2023 wurde am 1. März 2024 vom Vorstand zu Händen der Mitgliederversammlung genehmigt.

Die vollständige Jahresrechnung mit dem Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website unter www.gfbv.ch/jahresbericht heruntergeladen werden.

Leistungsbericht

✓ Wer wir sind

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist ein Verein gemäss dem Schweizerischen Zivilgesetzbuch und ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Für das Jahr 2023 wurde ein Mitgliederbeitrag bezahlt. Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, Südtirol/Italien, Österreich und Bosnien-Herzegowina. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentant:innen.

🔍 Was wir tun

- Wir unterstützen lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern.
- Wir dokumentieren und ahnden die Verletzung kollektiver und individueller Menschenrechte und verlangen deren Aufklärung, Ahndung und Wiedergutmachung und suchen zusammen mit den betroffenen Gemeinschaften und allen Stakeholdern nach Lösungen.
- Wir vertreten die Interessen unserer Partnerinnen und Partner gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern, wo sie dies nicht selber machen können.

Die im Jahre 2023 durchgeführten inhaltlichen Aktivitäten, die erzielten Erfolge und der Ausblick sind in diesem Jahresbericht beschrieben. Die finanziellen Erfolge sind entsprechend im Kapitel Finanzbericht aufgeführt.

👥 Organisation

Unser Vorstand wird jeweils für zwei Jahre gewählt (Wiederwahl ist möglich) und besteht aus den folgenden Personen:

Lisa Mazzone (Präsidentin, gewählt bis 2024)
 Miges Baumann (Vizepräsident, gewählt bis 2024)
 Lea Ackermann (gewählt bis 2024)
 Göpf Berweger (gewählt bis 2025)
 Marianne Helfer (gewählt bis 2025)
 Eva Schmassmann (gewählt bis 2025)

Melanie Gajowski ist als Vorstandsmitglied zurückgetreten. Sie hat von 2020 – 2023 in unserem Vorstand mitgearbeitet. Wir haben ihr Mitwirken sehr geschätzt und danken ihr für ihr grosses Engagement.

Der Vorstand traf sich 2023 vier Mal und leistete insgesamt rund 120 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

Im Verlaufe des Jahres 2023 arbeiteten bei der GfbV insgesamt 17 festangestellte Personen und 6 Praktikantinnen und Praktikanten. Die Praktika dauern in der Regel 6–12 Monate.

👤 Unsere Unterstützer:innen

Der grösste Teil der Einnahmen besteht aus Mitgliederbeiträgen und Spenden von Einzelpersonen. Ende 2023 hatte die GfbV rund 15'000 aktive Unterstützer:innen – etwas weniger als im Vorjahr. Die Mitglieder- und Spender:innenwerbung dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder und Spender:innen werden mit Standaktionen, bei Veranstaltungen, an den Haustüren, über Briefpost und über das Internet angeworben.

Für verschiedene Kampagnen durften wir eine zunehmende Zahl von Spenden und Beiträge von Stiftungen und Organisationen entgegennehmen.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle von Herzen bei allen Mitgliedern, Spender:innen und Spendern, bei den Stiftungen und Organisationen für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich. Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV ebenfalls ein herzliches Dankeschön für ihren unermüdlichen Einsatz und enormen Enthusiasmus für die Menschenrechte aussprechen! Und letztlich wollen wir allen unseren Partnerinnen und Partnern in unseren Programmen, die sich uneigennützig und oft unter grossen Bedrohungen und Risiken für ihre Rechte einsetzen, danken. Ihnen gebührt grosse Anerkennung.

Verbünden Sie sich mit Minderheiten und Indigenen

durch eine
MITGLIEDSCHAFT



eine
SPENDE



oder eine
ERBSCHAFT



Werden Sie aktiv – unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nur dank Ihrer Unterstützung möglich!
Vielen Dank für Ihren wertvollen Beitrag.

Spendenkonto: **IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1**



www.gfbv.ch/de/machen-sie-mit/

Danke!